

Stadtverwaltung Eberbach

Niederschrift

Gremium	Gemeinderat
Sitzungsart	öffentlich
Sitzungsnummer	GR/15/2017
Sitzungsdatum	Donnerstag, 26.10.2017
Sitzungsbeginn	17:32 Uhr
Sitzungsende	20:31 Uhr
Sitzungsort	Ratssaal, Rathaus, Leopoldsplatz 1

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Bemerkung
------------	-----------

Vorsitzender

Bürgermeister Peter Reichert	
------------------------------	--

Mitglieder

Stadtrat Karl Braun	Befangen bei TOP 6
Stadtrat Klaus Eiermann	
Stadtrat Georg Hellmuth	
Stadtrat Peter Huck	
Stadtrat Patrick Joho	
Stadtrat Lothar Jost	
Stadtrat Christian Kaiser	
Stadtrat Wolfgang Kleeberger	
Stadtrat Ralf Lutzki	Anwesend bis 20.02 Uhr
Stadtrat Benjamin Müller	
Stadtrat Jens Müller	
Stadtrat Prof. Dr. Dietmar Polzin	Anwesend ab 17.52 Uhr
Stadtrat Michael Reinig	
Stadtrat Jan Peter Röderer	
Stadtrat Markus Scheurich	
Stadtrat Rolf Schieck	
Stadtrat Heiko Stumpf	
Stadtrat Peter Stumpf	
Stadträtin Kerstin Thomson	
Stadtrat Peter Wessely	

Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Harald Friedrich	
Ortsvorsteher Viktor Hartmann	Anwesend bis 19.05 Uhr
Ortsvorsteher Daniel Rupp	
Ortschaftsrat Peter Schwarz	

Verwaltungsmitglieder

Werkleiter Günter Haag	
Angestellter Steffen Koch	
StOVwR Patrick Müller	
StORR Dr. Martin-Peter Oertel	
Angestellte Anke Steck	

Schriftführer

Angestellter Robin Uhrig	
--------------------------	--

Abwesend:**Mitglieder**

Stadträtin Susanne Lehn	Entschuldigt
Stadtrat Michael Schulz	Entschuldigt

Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Johann Leistner	Entschuldigt
-------------------------------	--------------

Bürgermeister Reichert begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die öffentliche Sitzung des Gemeinderats form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Er fragt ob Anträge zur Tagesordnung bestehen.

Stadtrat Jost fragt, ob es möglich sei, den Tagesordnungspunkt 11 „Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach“ abzusetzen, sodass noch alle Ortschafts- und Bezirksbeiräte vorher über dieses Thema beraten könnten.

Bürgermeister Reichert und die Gremienmitglieder stimmen dem zu.

Der Tagesordnungspunkt 11 „Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach“ ist somit abgesetzt.

Bürgermeister Reichert eröffnet sodann die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 17.32 Uhr.

Tagesordnung:

- TOP 1 Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen
- TOP 1.1 Fahrbahnmarkierung in Pleutersbach
- TOP 1.2 Fragen zum Lärmaktionsplan
- TOP 2 Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 27.07.2017, Nr. 11/2017
- TOP 3 Dreivierteljahresbericht über die Entwicklung des städt. Haushaltsplans 2017 2017-203/1
- TOP 4 Einbringung des Haushaltsplans 2018
-ohne Beschlussvorlage-
Beratung

TOP 5	Stadtentwicklung Eberbach 2027 -ohne Beschlussvorlage- Information	
TOP 6	Lärmaktionsplan der Stadt Eberbach a) Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie zu dem Anhörungsergebnis der fortgeschrittenen Öffentlichkeitsbeteiligung b) Beschlussfassung über die Billigung des Lärmaktionsplanes	2017-129/1
TOP 7	Ausbau Wimmersbacher Weg hier: Vorstellung und Freigabe der Entwurfsplanung	2017-122/1
TOP 8	Abfangung Straßenkörper Neckarhölde hier: Auftragserweiterung der Firma G. Wäsch GmbH, Eberbach	2017-210
TOP 9	Sanierung Tiefgarage Leopoldplatz hier: Vergabe der Ingenieurleistungen für die Ausführungsplanung	2017-179
TOP 10	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 109 "Güterbahnhofstraße- Teilgebiet Ost" Zustimmung zum geänderten Bebauungsplanvorentwurf Beschlussfassung zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach den §§ 3 u. 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)	2017-189
TOP 11	Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach	2017-012
TOP 12	Mitteilungen und Anfragen	
TOP 12.1	Beleuchtung katholische Kirche	
TOP 12.2	Beantwortung Anfrage Öffnungszeiten Grüngutsammelplatz	
TOP 12.3	Beantwortung Anfrage Schulhof Dr. Weiß Schule	
TOP 12.4	Baugenehmigung Depot 15/7	
TOP 12.5	Kosten öffentliche Stellplätze Rosenturmquartier	
TOP 12.6	Leerstand Kellereistraße	
TOP 12.7	Antrag Gewerbegebiet Lautenbach	
TOP 12.8	Antrag Fortführung Lärmaktionsplan	
TOP 12.9	Baubeginn Treppenabgang Süd	
TOP 12.10	Schädlingsbekämpfung	
TOP 12.11	Planungsstand Bolzplatz Pleutersbach	
TOP 12.12	Gewerbegebiet Ittert	

TOP 12.13 Hinweis Lärmaktionsplan Messmethode

Niederschrift:

Top 1 Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen	
---	--

Top 1.1 Fahrbahnmarkierung in Pleutersbach	
---	--

Bürger Zimmermann erläutert, dass bei Straßenarbeiten in Pleutersbach die Fahrbahnmarkierung entfernt worden sei. Er fragt ob es möglich sei, diese wieder aufzubringen.

Stadtbaumeister Koch sichert eine Überprüfung zu.

Top 1.2 Fragen zum Lärmaktionsplan	
---------------------------------------	--

Bürgerin Schrobang- Fair fragt, welche Methode bei den Lärmessungen zur Lärmaktionsplanung angewandt worden sei und wann die Messungen das letzte Mal stattgefunden hätten.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass die Werte nicht wie allgemein vermutet mit Mikrofonen erhoben würden, sondern aufgrund von Berechnungen erstellt würden. Hier gebe es Berechnungsmodelle anhand der gezählten Fahrzeuge. Seit 2012 seien immer wieder Zählungen durchgeführt worden.

Bürgerin Neuer fragt, wer mit der Thematik befasst sei und ob man häufiger Geschwindigkeitskontrollen in der Beckstraße durchführen könne.

Bürgermeister Reichert erläutert, dass man sich in der Stadtverwaltung sehr intensiv mit der Thematik befasst habe, jedoch nicht Straßenbaulastträger sei.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass man gewisse Dinge voneinander trennen müsse. Die Anzahl der Autos und die Geschwindigkeit. Eine Durchschnittsgeschwindigkeit sei aber berechnet worden. Die Ergebnisse habe er jetzt aber leider nicht in der Sitzung verfügbar. Für die Geschwindigkeitsmessungen sei die Stadt nicht zuständig. Man werde aber den Straßenbaulastträger darum bitten.

Bürgerin Aldag fragt, ob bei den Berechnungen auch der Bodenbelag einberechnet worden sei und in welchen zeitlichen Abständen die Messungen wiederholt würden.

Stadtbaumeister Koch erläutert, dass es Zuschläge für den Bodenbelag gebe, die mit in das Ergebnis einfließen. Circa alle 5 Jahre würden die Messungen zudem wiederholt werden.

Bürger Aldag fragt ob man die Berechnungsmethode offen legen könne.

Bürgermeister Reichert stellt klar, dass man hierüber natürlich gerne informieren werde, falls Interesse bestehe.

Bürgerin Schrobang- Fair berichtet, dass die Situation gesundheitliche Schäden verursachen könne und auch Risse an den Häusern entstanden seien.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass man in einigen Fällen eine Besserung durch bauliche Veränderungen erreichen könne. Dies liege jedoch in der Zuständigkeit des Straßenbaulastträgers.

Bürgerin Walz erkundigt sich, ob es möglich sei, in der Beckstraße die Parkflächen neu einzuzeichnen.

Bürgermeister Reichert erklärt, gerade in der Beckstraße werde ohnehin beidseitig geparkt. Man werde es aber an den Kreis weitergeben.

Bürger Aldag fragt, ob es möglich sei, eine Feinstaubmessung durchzuführen.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass man hierzu noch keine Erfahrungen bei der Stadt habe, wie man hier herangehen müsse, man werde aber anregen, solch einen Test durchzuführen.

Bürgerin Geißler fragt, ob es ein Sicherheitskonzept zur Entschärfung der Schwanheimer Straße/ Beckstraße gebe. Der Zebrastreifen am Brückenkopf sei auch als kritisch anzusehen.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass diese Themen bereits auf einer Verkehrstagsfahrt gewesen seien. Er werde in der kommenden Gemeinderatssitzung berichten, was dort als Ergebnis festgehalten worden sei.

Bürgerin Weber fragt, wer für die Risse in den Gebäuden aufkomme.

Stadtbaumeister Koch erläutert, dass die Betroffenen die Schäden an das Bauamt melden sollten. Man würde die Meldungen dann an den Straßenbaulastträger weiterleiten.

Stadtoberrechtsrat Dr. Oertel erklärt, dass man aber darauf achten müsse, dass man als Stadtverwaltung keine rechtliche Beratung leisten dürfe, da dies dann eine privatrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Privatpersonen und dem Rhein- Neckar- Kreis sei.

Top 2 Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 27.07.2017, Nr. 11/2017	
--	--

Beratung:

Bürgermeister Reichert fragt, ob Einwände gegen das Protokoll bestehen.

Ergebnis:

Es bestehen keine Einwände gegen das Protokoll.

Top 3 Dreivierteljahresbericht über die Entwicklung des städt. Haushaltsplans 2017	2017-203/1
---	------------

Beschlussantrag:

1. Der Dreivierteljahresbericht über die Entwicklung des städtischen Haushaltsplans 2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat stimmt den über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben zu.

Beratung:

Stadtkämmerer Müller erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet offene Fragen aus der Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses.

Es seien sieben Anträge für über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben gemeldet worden:

1. Überplanmäßige Ausgabe Investitionsauftrag I12600000151
Für die Feuerwehr Eberbach sind wegen Alter und Reparaturanfälligkeit der vorhandenen Geräte und dem Umstand, dass keine Ersatzgeräte mehr vorhanden sind, 4 Atemschutzgeräte mit Lungenautomaten zu beschaffen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 8.400 €. Ein Deckungsvorschlag besteht nicht, allgemeine Haushaltsmittel wären zu verwenden.
2. Überplanmäßige Ausgabe Investitionsauftrag I12600000151
Für die Atemschutzgeräteträger der Feuerwehr müssen laut Vorgabe aus der Unfallverhütungsvorschrift Einsatzüberhosen für 20.000 € beschafft werden. Ein Deckungsvorschlag besteht nicht, allgemeine Haushaltsmittel wären zu verwenden.
3. Überplanmäßige Ausgabe Investitionsauftrag I53600000060
Es fallen 2017 überplanmäßige Zahlungen an den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar in Höhe von ca. 300.000 € an. Die Ausgaben für die einzelnen Baumaßnahmen sind bereits durch Beschluss des Gemeinderats bewilligt worden (DS 2015-237, 2016-102, 2017-050).
4. Überplanmäßige Ausgabe Investitionsauftrag I21105000051
Das HSG nimmt an einem Pilotversuch zum Einsatz von Tablets im Unterricht teil, hierfür erhält die Stadt Eberbach als Schulträger Mittel über insgesamt 54.000 €, verteilt auf die Haushaltsjahre 2017-2019. Hiervon fließen 23.140 € noch im Haushaltsjahr 2017 zu. Nach Auskunft der Schule werden etwa 27.000 € noch im Haushaltsjahr 2017 verausgabt, dadurch entsteht eine überplanmäßige Ausgabe.
Die Deckung dieser Ausgabe erfolgt zum einen durch die Mittel des o.g. Zuschusses, für den Restbetrag von 3.860 € erfolgt die Deckung durch Mittel des Schulbudgets.
5. Überplanmäßige Ausgabe Kostenstelle 12605001, Sachkonto 42610000
Vom Innenministerium wurde eine neue Feuerwehrbekleidungskonzeption als Verwaltungsvorschrift eingeführt. Die Umstellung der Uniformen komplett mit allen aktiven FW-Angehörigen soll bereits dieses Jahr erfolgen bzw. rechtzeitig zum nächsten Jahr beauftragt werden, da die FFW Eberbach im nächsten Jahr ihr 150-jähriges Jubiläum feiert. Die Ausgaben für 185 Aktive für die Uniformen belaufen sich auf 32.910 €.
Auf dem o.g. Sachkonto sind 7.200 € verfügbar; für die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 25.710 € wären allgemeine Haushaltsmittel zu verwenden.
6. Überplanmäßige Ausgabe Kostenstelle 51105001, Sachkonto 44910000
Auf diesem Sachkonto werden die Zahlungen aus dem Teilumlegungsplan I für das Baugebiet Wolfs-/Schafacker finanziert. Nach den Erörterungsgesprächen sowie der Festlegung der Werte durch den Umlegungsausschuss zeigt sich, dass der Ansatz 2017 in Höhe von 370.000 € nicht ausreicht. Es entstehen überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 150.000 €. Diese können im Haushaltsjahr 2017 nur durch allgemeine Haushaltsmittel gedeckt werden. 2018 fließen durch die Grundstückserlöse diese Aufwendungen wieder zu.
7. Außerplanmäßige Ausgabe Kostenstelle 55505008, Sachkonto 44580000
Als Ausgleich für wertsteigernde Verwendungen an einem Gebäude der Stadt soll noch 2017 eine Zahlung in Höhe von 20.000 € geleistet werden. Hierfür sind keine Mittel im Haushalt

2017 vorhanden. Zu Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe stehen nur allgemeine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Da diese Vorlage in Bezug auf den enthaltenen Quartalsbericht im Gemeinderat beraten werde, sollte dort auch die Beschlussfassung über die o.g. über- und außerplanmäßigen Aufwendungen erfolgen, für die betragsmäßig der Verwaltungs- und Finanzausschuss zuständig wäre. Die Verwaltung schlägt vor, den angeführten Anträgen zuzustimmen und die Umbuchung der Haushaltsmittel entsprechend vorzunehmen.

Stadtrat Kleeberger erklärt, dass es erfreulich sei, dass der Ansatz der Gewerbesteuerereinnahmen erreicht werden könne. Eine Kreditaufnahme sei zudem nicht erforderlich. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass in den nächsten Jahren hohe Investitionen auf die Stadt zukommen würden. Die CDU- Fraktion werde zustimmen.

Stadtrat Kaiser stellt fest, dass große Investitionen anstehen würden. Es sei ärgerlich, dass die investiven Ausgaben nicht erreicht würden, gerade weil man darauf dränge, dass kein Investitionsstau entstehe. Die Zahlen seien zwar erfreulich, man müsse aber wirklich darauf achten, dass auch tatsächlich investiert werde.

Stadtrat Peter Stumpf fragt, wie es um die Liquidität bestellt sei.

Stadtkämmerer Müller rechnet nach derzeitigem Stand mit 14 Millionen Euro liquiden Mitteln zum Jahresende.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag und den über- und außerplanmäßigen Ausgaben einstimmig zu.

Top 4 Einbringung des Haushaltsplans 2018 -ohne Beschlussvorlage- Beratung	
---	--

Beratung:

Bürgermeister Reichert hält seine Haushaltsrede.

„Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Herren Ortsvorsteher und Damen und Herren der Verwaltung

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben“. Mit diesem Zitat von Albert Einstein hat unser Landrat Stefan Dallinger seine Haushaltsrede zur Einbringung des Kreishaushalts in diesem Jahr begonnen.

Jetzt darf man über dieses Zitat vielleicht nicht unbedingt mit einem Historiker diskutieren, aber grundsätzlich finde ich die Aussage Einsteins richtig. bei der Erstellung des Plans Sicherlich ist der Blick zurück die Voraussetzung dafür, die Zukunft hoffentlich richtig zu gestalten und Entscheidungen auf Basis von Erfahrungen treffen zu können, aber interessant ist die Zukunft in der jeder und jede von uns ganz sicher hoffentlich noch lange zu leben hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir legen Ihnen heute einen Plan vor, der die Zukunft, hier das Jahr 2018, in unserer Stadt gestalten soll. Immer wieder spannend ist es einen solchen Haushalt aufzustellen, viele Fragen bleiben. Trotz Plan am Anfang, klare Erkenntnisse und Fakten sehen wir erst am Ende eines Jahres.

Dann gilt es zu analysieren um zukünftig besser planen zu können.

Heute bringt die Verwaltung den Plan für das Haushaltsjahr 2018 ein. Für unseren Kämmerer mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und für alle, die bei der Erstellung des Plans mitgearbeitet haben, in allen Ämtern der Verwaltung, war das wieder harte Arbeit. Ihr Anspruch ist es, möglichst exakt und nah an dem was leistbar und umsetzbar erscheint zu planen.

Herzlichen Dank für Ihr Engagement, herzlichen Dank allen, die daran beteiligt waren. Durch Analysen der Vorjahre und durch Steuerungsinstrumente, die uns unsere neue Buchführung, die Doppik, bietet, waren die Planungsvorgaben in diesem Jahr andere als seither und ich bin wirklich gespannt, zu welchem Ergebnis wir nach diesem Jahr gekommen sind.

Was ist leistbar, was verspricht auch tatsächlich umgesetzt zu werden, das war die Kernfrage, daran haben wir uns orientiert und haben Grenzen vorgegeben, um nicht Luftschlösser zu planen, die doch niemals innerhalb eines Jahres umgesetzt werden können. Es ist immer wieder eine Herausforderung ein solches Werk vorlegen zu können, basiert es doch auf Planzahlen, die vorgegeben sind und auf Annahmen, die zwar handfest sind, allerdings trotzdem Annahmen bleiben.

Erst das Jahresergebnis zeigt, ob alles umgesetzt werden konnte und ob die Ausgaben und Einnahmen korrekt angenommen wurden.

Auf den Vollzug dieses Haushalts, dürfen wir, aus zuvor genannten Gründen, besonders gespannt sein.

Wir legen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf mit einem Gesamtvolumen von ca. 47 Millionen Euro vor.

Das hört sich gigantisch an, aber dahinter stecken Aufgaben und Abläufe, die in ein einer Kommune mit ca. 14700 Einwohnern mit, für diese Größe außergewöhnlicher Mittelzentrumsfunktion, zu bewältigen sind.

Man könnte dabei an die Geschichte des griechischen Sagenhelden Sisyphos denken. Er war König von Korinth und soll um das Jahr 1400 v. Chr. gelebt haben. Er soll sich durch große Weisheit ausgezeichnet und zur Vergrößerung Korinths viel beigetragen haben. Bekannt ist er allerdings heute weniger durch seine Ruhmestaten, sondern mehr durch die ihm wegen Ungehorsams vor den Göttern auferlegte Strafe, wonach er einen Felsblock auf ewig einen Berg hinaufwälzen muss, der, fast am Gipfel angelangt, jedes Mal wieder ins Tal zurückrollt.

Sisyphos fällt mir ein, wenn ich an den Haushalt der Stadt Eberbach denke. Seit Jahren versuchen wir unsere Verschuldung bei all den Aufgaben in den Griff zu bekommen und trotzdem wichtige Investitionen zu tätigen. Seit Jahren versuchen wir diesen Stein abzubremsen, wenn er ins Tal zurückrollen will. Die derzeit stabil gute Konjunktur und dadurch für unsere Kommunen positive Einnahmeentwicklung lassen die Hoffnung keimen, den Gipfel, zu erreichen, aber immer wieder stellen sich uns auch neue Aufgaben, ich nenne hier beispielsweise die Breitbandversorgung und die vor uns liegende Mega-Aufgabe der Digitalisierung, was letztendlich dazu führen wird, dass der Gipfelsturm immer wieder vereitelt wird. Ganz ehrlich, ich glaube wirklich, dass wir zusammen unser gesamtes, noch vor uns liegendes Berufs-oder Gemeinderatsleben lang mit dem Rollen des Steines beschäftigt sein werden.

Mein Trost dabei ist, dass wenn ich mich mit dieser Skulptur vergleiche, ich auf eine hervorragende Konditionierung hoffen kann und dass ich, im Gegensatz zu Sisyphos nicht alleine den Stein rollen muss.

Also der Berg ruft immer und immer wieder, meine Damen und Herren. Was wird es wohl im nächsten Jahr sein was uns, neben dem jetzt geplanten, beschäftigt?

Übrigens, diese Skulptur habe ich von meinem Neidensteiner Gemeinderat bei meinem Abschied aus Neidenstein bekommen.

Die Welt ist im Umbruch, Geo-Politisch ist einiges geboten, Sie kennen die Brandherde der Erde und die politisch derzeit Aktiven mit Ihren, für uns oft nicht nachvollziehbaren Schritten, die sie gehen.

Wie werden sich diese Dinge im kommenden Jahr auswirken, wie wird unser Handeln dadurch beeinflusst?

Wir dürfen gespannt sein. Ich denke, der Felsblock den wir hoffentlich überwiegend zusammen den Berg hinauf zu rollen haben wird nicht leichter und wird wieder alle Kraft und viel Einsatz von uns abverlangen.

Wie setzen sich die bereits genannten 47 Millionen Euro Haushaltsvolumen denn zusammen.

Im Ergebnishaushalt, werden für 2018 ca. 40 Millionen veranschlagt, der laufende Betrieb, alles immer Wiederkehrende, samt Unterhaltungsmaßnahmen werden hierbei in Zahlen gefasst.

Spannender wird es im Finanzhaushalt. Hier werden Investitionen geplant.

Erstmals in diesem Jahr gehen wir hier einen, ich nenne es einmal „gesteuerten“ neuen Weg.

In den vergangenen Jahren mussten wir feststellen, dass wir hohe Investitionen in ganz vielen, unterschiedlichen Bereichen planen und jeweils am Ende eines Jahres wurde resümiert, dass nur ein Teil der geplanten Investitionen verwirklicht werden konnte.

Gründe hierfür gab es natürlich: Planungen waren intensiver als gedacht und haben für Verzögerungen gesorgt, Dinge des laufenden Betriebes kamen dazwischen, u.s.w. irgendwie ging einfach nicht mehr.

Bei den jetzt vorliegenden Planungen wurden diese Erfahrungen genutzt und wir haben versucht, zusammen mit dem Gemeinderat, eine realisierbare Planung aufzustellen, nur das macht Sinn.

Natürlich können und müssen wir uns darüber unterhalten, ob die Investitionen reichen, um unsere Stadt voranzubringen, um die Infrastruktur zu erhalten und außerdem noch Stadtentwicklung zu betreiben. Mir ist sehr wohl bewusst, dass dies bei ca. 7 Millionen an Investitionen die absolute Untergrenze ist und wir ganz sicher in manchen Jahren deutlich mehr einplanen müssen.

Aber ich halte es derzeit für das bessere Vorgehen, für unsere Verwaltung realistisch zu planen, weiter zu konsolidieren, die ausgesprochen gute Zinssituation für Kredite sollte uns dabei auch nicht blenden, denn deutlich höhere Baukosten raffen diesen Vorteil mehr als dahin.

Jetzt zu den geplanten Investitionen:

Unsere größte Investition 2018 wird die Baumaßnahme Feuerwehrgerätehaus sein. 2018 wird intensiv geplant, im Moment wird mit dem Planer der Zeitplan für die Baumaßnahme gestrickt. Dafür sind 2018 1 Million Euro vorgesehen, 2019 wird es dann mit einer größeren Summe weitergehen.

Für die Sicherheit in unserer Stadt ist dies eine unumgängliche Investition, die allen Bürgerinnen und Bürgern zum Nutzen, nach intensiven Überlegungen, jetzt endlich umgesetzt werden soll.

Die Ausstattung unserer Feuerwehr ist sehr gut und soll das auch bleiben, deshalb werden immer wieder Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge erneuert. 2018 soll eine neue Drehleiter unseren Fuhrpark ergänzen.

Hierfür sind planerisch Kosten von 650 000 Euro vorgesehen. Eine ebenfalls wichtige Investition für alle, die in Eberbach leben oder arbeiten.

Die Erschließung unseres Baugebietes Wolfsacker-Schafacker schlägt auf der Kostenseite mit ca. 2.1 Million Euro zu Buche, allerdings stehen dem gegenüber auch Einnahmen in Form von Erschließungsbeiträgen, wir reden hier über ca. 950 000 Euro und Einnahmen aus Grundstücksverkäufen, mit denen wir in diesem Baugebiet rechnen dürfen. 1.8 Millionen Einnahmen sind hierfür geplant.

Für die Betonsanierung unserer Tiefgarage Leopoldplatz ist, nach jetzt vorliegender Planung, ein erster Schritt in 2018 vorgesehen.

Die Eigenkontrollverordnung wird uns, wie jedes Jahr, so auch 2018 beschäftigen, ca. 361 000 Euro sind hierfür geplant. Unser Kanalnetz muss, nach gesetzlichen Vorschriften, überprüft und wenn notwendig saniert werden.

Die dringend notwendige und bereits teilweise umgesetzte energetische Sanierung unserer Werkrealschule soll 2018 zum Abschluss gebracht werden, hierfür sind 567 000 Euro vorgesehen.

Für unser HSG sind 200 000 Euro Planungskosten eingeplant. Im Moment laufen Fördermaßnahmen des Bundes und des Landes an, wir wollen unbedingt Anträge für die Sanierung des HSG stellen, deshalb Planungskosten, um diese Anträge stellen zu können. Leider hat sich die für 2017 geplante Baumaßnahme zur Umsetzung der, ich nenne es einmal „Kultureinrichtung Depot 15/7“, wegen der nicht vorhandenen Baugenehmigung verzögert. 2017/18 soll jetzt umgesetzt werden, 250 000 Euro sind vorgesehen. Die Planungsvergabe für die Baumaßnahme zum Kindergarten Regenbogen ist genauso geplant, wie Dacharbeiten an den Feuerwehrhäusern in Rockenau und Friedrichsdorf. Eine Schlusszahlung von 100.000 Euro für den Umbau des Kunstrasens in der Au ist vorgesehen und Beschaffungen für unseren Bauhof, auch hier ist Schlagkraft erforderlich und müssen Arbeitsgeräte erneuert werden.

Es ist mir unmöglich alle Maßnahmen zu benennen, aber ich denke ich konnte einen kleinen Überblick der geplanten Aktivitäten für 2018 geben.

Haushaltspläne sprechen von den Zielen der Verantwortlichen, aber auch von den Zwängen, denen sie unterliegen. Sie sind Reflex sowohl der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage, wie auch der kommunalpolitischen Konstellationen vor Ort.

Die erkennbaren Gemeinsamkeiten dieses Gremiums an einer soliden Haushaltsführung festzuhalten und auch zukunftsweisende, teilweise mutige Investitionen zu tätigen, haben sich ausgezahlt und werden dies auch in Zukunft tun.

Kommunalpolitik mag Politik im kleinen Rahmen sein, aber sie ist in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Kommunalpolitik gestaltet das Leben vor Ort, vor der eigenen Haustür. Was Kommunen tun oder nicht tun, ist für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar sicht- und spürbar.

Danke, dass Sie, verehrte Gemeinderätinnen und -Räte und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bereit sind mit den Stein am Rollen zu halten, mühsam ist es und nicht immer kann man den Mut des immer wieder von neuem Rollens mit gleichem Enthusiasmus aufbringen.

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben. Ich freue mich auf die Zukunft und bin gespannt, was kommen wird und was uns zusammen gelingt, auch in der Umsetzung unseres Haushalts 2018.

Vielen Dank!“

Stadtkämmerer Müller erläutert die diesem Protokoll beigefügte Powerpoint- Präsentation.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Der Haushalt 2018 ist eingebracht.

Top 5 Stadtentwicklung Eberbach 2027 -ohne Beschlussvorlage- Information	
---	--

Beratung:

Bürgermeister Reichert erklärt folgendes:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, fast 5 Jahre bin ich jetzt Bürgermeister in Eberbach. Wir haben gemeinsam viele Dinge diskutiert, Projekte von allen Seiten beleuchtet, um unsere gute Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern. Wichtige Dinge werden immer wieder besprochen, es werden Wege gesucht, wie diese Projekte verwirklicht werden können, gerade auch vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt finanziell nicht auf Rosen gebettet ist und noch nie war.

Ich darf heute sagen: Von der Investitionsseite her sind wir noch nicht auf Vordermann, es ist uns in den vergangenen Jahren aber gelungen, unseren Haushalt zu konsolidieren, Schulden abzubauen und liquide Mittel zu schaffen.

Ich denke schon lange nicht mehr, -vielleicht in den letzten 30 -40 Jahren noch nie, -konnte unsere Stadt in so wenigen Jahren eine so deutliche Verbesserung der Finanzlage erreichen.

Wir im Gemeinderat wissen allerdings, dass viele Ideen darauf warten umgesetzt zu werden und dass wir viele Millionen zusätzlich in den nächsten Jahren in den Erhalt unserer Infrastruktur stecken müssen.

Wir haben noch viel vor und sollten gemeinsam daran mit aller Kraft arbeiten, zum Wohle unserer Stadt.

Als Bürgermeister denke ich, seit ich Verantwortung in Eberbach übernommen habe daran, wie Stadtentwicklung neben den Aufgaben zur vorhandenen Infrastruktur aussehen könnte.

Wo wollen wir hin?

Was sind unsere Ziele?

Ist alles gut so wie es ist, oder können wir unsere Stadt weiter entwickeln?

Wie könnte diese Entwicklung aussehen?

Viele Kommunen setzen gerade im Moment auf neue Baugebiete. Wäre das auch etwas für uns?

Viele Kommunen erweitern deutlich ihre Gewerbegebiete, geht das bei uns?

Die letzten beiden Fragen muss ich leider folgendermaßen beantworten:

Nur ganz eingeschränkt, denn wir haben fast keine Erweiterungsmöglichkeiten.

Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis beispielsweise im Kraichgau und der Rheinebene erschließen hektarweise Flächen, diese freien Flächen haben wir nicht, wir haben viele Hektar Wald. Wir müssen uns, weil uns gar nichts anderes übrig bleibt, auf Innenentwicklung konzentrieren, jeden Quadratmeter der sich in der Stadt bietet sinnvoll nutzen, das ist unser Weg.

Aber auch hierbei sind uns Grenzen gesetzt, denn viele Grundstücke sind in privater Hand, wir können nicht einfach, beispielsweise zusammen mit Investoren, unsere Altstadt entwickeln, die Eigentümer haben vielleicht ganz andere Ziele.

Wie können wir also Stadtentwicklung vorantreiben, wenn wir doch durch so viele äußere Umstände stark eingeschränkt sind in unseren Möglichkeiten?

Ich habe versucht mich der Sache zu nähern, indem ich mir überlegt habe, was sind denn unsere Besonderheiten, was zeichnet unsere Stadt aus?

Wir liegen am Neckar, wir haben viel Wald, wir haben eine außerordentlich gute Infrastruktur für eine Kommune in unserer Größe, Eberbach ist lebenswert.

Wir heben uns ab in der Wohnqualität. In Zeiten der Urbanisierung mit dem Zug in die Großstädte bei gleichzeitiger Feinstaubdiskussion und Gewaltzunahme in den Zentren, bietet eine Stadt mit unserem Profil eine lebenswerte Alternative, 6500 Hektar Wald um unsere Stadt herum halten unsere Luft sauber!!

Eberbach hat nach meiner Meinung eine große Chance in den nächsten Jahren:

Es muss uns gelingen die Stadt auf der Basis ihrer einzigartigen Lage zu entwickeln. Wir können und sollten uns als naturnahe Stadt für die demografische Entwicklung der nächsten 30-40 Jahre positionieren. Die demografische Entwicklung muss uns bewusst sein und wir müssen uns dafür rüsten. Eberbach hat für diese kommende Entwicklung die idealen Voraussetzungen.

Es lohnt sich in Eberbach zu leben. Natur rundum, eine attraktive Stadt, hervorragende Infrastruktur, von der Kita bis hin zum Krankenhaus vor Ort, gute öffentliche Verkehrsanbindungen, das sind Themen, die in den nächsten Jahren zählen, die Vorteile unserer Stadt müssen deutlicher herausgearbeitet und propagiert werden.

Unsere große Möglichkeit sehe ich darin, hierbei aktiv zu werden, wir können nicht Bauflächen erweitern wie andere, aber wir haben andere Qualitäten und sollten diese nutzen.

Jetzt zur Sache:

Eine ziemlich alte Idee ist es eine zusätzliche Neckarquerung zu schaffen. Bereits 1935 wurde ein Fußgängersteg im Gemeinderat thematisiert. In den 70 ern und 80 ern hat mein Vor-Vorgänger Horst Schlesinger dieses Ziel massiv verfolgt.

Viel wurde darüber geredet und geschrieben.

Ich greife es erneut auf.

Lebensqualität bietet unsere Stadt auch deshalb, weil wir kurze Wege haben. Das ist unser größter Vorteil. Durch eine zusätzliche, stadtbildverträgliche ich betone reine Geh- und Radwegbrücke könnten die Wege in und von unserem Freizeitzentrum deutlich verkürzt werden. Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Neckar-Radwegnutzer, das sind übrigens sehr viele und es werden immer mehr in den nächsten Jahren: Alle könnten plötzlich an zentraler Stelle über den Neckar. Viele weinen zu Recht unserem Fährboot „Frischling“ nach. Beim Kuckucksmarkt nutzen diesen tausende Menschen.

Hätten wir eine Brücke, dann könnten wir bei allen Stadtfesten, ob in der Stadt oder in der Au die gegenüberliegende Seite als Parkfläche und mehr mit einbeziehen und nutzen, welch ein Gewinn.

Die Idee habe ich weiterentwickelt durch Überlegungen zur Stadtentwicklung und durch Vorüberlegungen für unser Stadtjubiläum, das wir in 10 Jahren, hoffentlich gemeinsam, feiern werden.

Wie werden wir es feiern, wann sollte man mit den Vorbereitungen beginnen, was soll denn gemacht werden?

Ich halte es für wichtig, nicht nur eine schöne Feier anzustreben, sondern bei 800 Jahren Eberbach etwas Bleibendes etwas für uns und unsere Gäste zu schaffen.

Mein Vorschlag: Die Verwirklichung einer umwelt- und stadtbildverträglichen Fußgänger und Radfahrerbrücke als 2. Neckarquerung für Eberbach wird angestrebt.

Ich halte es allerdings für unumgänglich, dass dieses Projekt nicht ein Projekt der Stadt alleine, sondern das Projekt aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden soll.

Wir rechnen mit Kosten von ca. 4 Millionen Euro. Sicherlich wird es Fördermittel geben, die Höhe und die Töpfe für Zuschüsse gilt es zu erarbeiten.

Zusätzlich sollten wir eine Spendenaktion ausrufen, die über mehrere Jahre läuft, mit dem Ziel, eine Million Euro als Grundlage für das Projekt über Spenden zu generieren. Darüber wäre noch gesondert zu sprechen.

So in aller Kürze der Projekt- und Zeitplan.

Ich habe mich auch daran gemacht, Finanzierungstöpfe zu finden. In meinen Recherchen bin ich auf eine weitere, ich denke für unsere Stadt deutlich weitergehende und in meinen Augen einmalige Möglichkeit gestoßen.

Bis Dezember 2017 laufen die Ausschreibungen für die Landesgartenschauen 2026 bis 2030. Alle zwei Jahre findet eine Landesgartenschau, im Wechsel dazwischen eine kleine Gartenschau, auch Grünprojekt genannt, statt.

2027, also im Jahr unseres Stadtjubiläums wird es eine „kleine Gartenschau“ sein.

Neckar, Au, Ohrsberg, Neckarlauer, vielleicht Ottohöhe, 2. Neckarbrücke, alles Orte und Investitionen, über die seit vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten, gesprochen wird. Viele sehen wie ich vor ihrem geistigen Auge, wie unsere Stadt an den genannten Orten und mit den genannten Investitionen aufgestellt sein könnte.

Wie wäre es, wenn wir uns für eine solche kleine Gartenschau in unserem Jubiläumsjahr bewerben würden?

Mir ist bekannt, das kostet Geld, ich weiß, das bedeutet Aufwand, aber wäre es nicht der große Wurf in Sachen Stadtentwicklung? Wir könnten unsere Stadt genau und gezielt dort weiterbringen, wo ihre Stärken liegen. Bitte schauen Sie sich Städte an, die eine Gartenschau hatten: Ein Quantensprung in Sachen Stadtentwicklung.

Fluss, Wald, Natur, eine naturnahe für Bürgerinnen und Bürger und Gäste nutzbare Stadt der kurzen Wege, das ist meine Vision, so könnte Stadtentwicklung in Eberbach aussehen und das wäre über eine kleine Gartenschau, über ein Grünprojekt erreichbar.

Ich bin offen für andere Ideen und kann ihnen versichern, alle mir bekannten Instrumente der Stadtentwicklung für Eberbach überdacht zu haben, mit dem Ergebnis, dass diese jetzt kurz skizzierte Möglichkeit die auf uns zugeschnittene Chance für eine positive Entwicklung unserer Stadt sein könnte.

Ich halte die Bewerbung für den entscheidenden und richtigen Schritt und empfehle Ihnen die Entscheidung hierfür in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung zu treffen, sonst haben wir eine, ich denke die Möglichkeit für Stadtentwicklung in Eberbach versäumt.

Übrigens, die Idee ist nicht neu, das war mir nicht bekannt, ob sie mir das jetzt abnehmen oder nicht. Als ich die Idee meiner Verwaltung vorgestellt habe hat ein Mitarbeiter mir gesagt, dass um das Jahr 2000 die Stadt sich mit einem ausgearbeiteten Konzept um eine Landesgartenschau beworben hat. Zuerst hat mich das überrascht, dann allerdings nicht gewundert, sondern diese Tatsache spricht doch für sich: Auch meine Vorgänger haben sich überlegt, wie kann Stadtentwicklung sein. Das Ergebnis war die Bewerbung für eine Landesgartenschau im Jahr 2002 und der Einsatz für eine zusätzliche Rad- und Fußgängerbrücke.

Die Landesgartenschau, um die man sich bei der Bewerbung 2002 für das Jahr 2012 beworben hatte, war als „große Landesgartenschau“ gedacht, mein Vorschlag ist die Bewerbung für eine kleine Gartenschau, auch Grünprojekt genannt, die in unserem Jubiläumsjahr 2027 stattfinden könnte..

Stadtentwicklung ist für Eberbach überlebenswichtig, kurze Wege und Lebensqualität sind dabei unser Alleinstellungsmerkmal.

Entscheiden Sie sich mit mir für eine Bewerbung zur Gartenschau 2027 und parallel zur Aktion Fußgänger- und Fahrradbrücke, als Voraussetzung und unumgängliches Element für die Gartenschau.

Leider drängt die Zeit, der Antrag muss bis zum 22. Dezember dieses Jahres gestellt sein, deshalb werden wir in der kommenden Sitzungsrunde einen Vorschlag der Verwaltung zum Beschluss vorlegen.“

Im Anschluss daran erläutert Bürgermeister die diesem Protokoll beigefügte Powerpoint-Präsentation.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Top 6 Lärmaktionsplan der Stadt Eberbach a) Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie zu dem Anhörungsergebnis der fortgeschrittenen Öffentlichkeitsbeteiligung b) Beschlussfassung über die Billigung des Lärmaktionsplanes	2017-129/1
--	------------

Beschlussantrag:

1. Zur Fortführung des Verfahrens zur Aufstellung des Lärmaktionsplanes (LAP) wird beschlossen:
 - a) Die Stellungnahmen an dem Verfahren zur Aufstellung des LAP beteiligten Träger öffentlicher Belange gemäß § 47d Abs. 3 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung nach der Anlage 1 abgewogen und beschieden.
 - b) Die Ergebnisse aus der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 47d Abs. 3 BImSchG werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung nach der Anlage 1 abgewogen und beschieden.
 - c) Der Entwurf des LAP wird unter Berücksichtigung der sich aus den Buchstaben a) und b) ergebenden Änderungen gebilligt und beschlossen.
 - d) Der Lärmaktionsplan der Stadt Eberbach ist nach Ausfertigung öffentlich bekannt zu machen und den übergeordneten Behörden vorzulegen.

2. Der Gemeinderat beschließt im Wissen, dass die rechtlichen Voraussetzungen gemäß Straßenverkehrsordnung (StVO) in Bezug auf Lärmwerte für die Anordnung von Tempo 30 sowohl in der Friedrichsdorfer Landstraße als auch in der Beck- und Schwanheimer Straße nicht gegeben sind. Die entsprechenden Genehmigungsbehörden bzw. Straßenbaulastträger sind anzuschreiben und auf die Genehmigung bzw. Umsetzung in den zuvor genannten Straßen insbesondere im Sinne der Gesundheit der Bürger zu drängen.

Beratung:

Stadtrat Braun erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befähigt und verlässt das Sitzungsrund.

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Peter Stumpf erklärt folgendes:

„Das einzig Erfreuliche an der Beschlussvorlage ist, dass die Bewohner der Hirschhorner Landstraße eine Lärminderung durch Tempo 30 erwarten können. Das haben wir schon lange gefordert und begrüßen es ausdrücklich.

Enttäuschend ist, dass im heute vorliegenden Lärmaktionsplan die sehr hohen Lärmwerten ausgesetzten Anwohner der Beckstraße, Schwanheimerstr. und Friedrichsdorfer Landstraße auf lärmindernde Maßnahmen entsprechend dem LAP nicht mehr rechnen können. Man könnte sarkastisch auch sagen, es ist anscheinend dort nicht laut genug.

Wir wissen alle, dass Lärm krank macht, deshalb umso unverständlicher, dass Straßen mit nachweislich sehr hohen Lärmwerten, nur weil nach Gutachten die Grenzwerte nicht ganz erreicht werden, in der heutigen Beschlussvorlage zum LAP nicht mehr berücksichtigt sind.

Im Schreiben des Regierungspräsidium KA vom 23.3.2012 zur Lärmaktionsplanung heißt es: Bei Lärmpegeln über 70dB tags bzw. 60 dB nachts „liegen sehr hohe Lärmbelastungen vor“, für diese Bereich sind vordringlich Maßnahmen festzulegen“. Das gilt in der Hirschhorner Landstraße.

Im Entwurf des LAP aus 2015 wurden in der Friedrichsdorfer Landstraße, Beckstr. und dem untere Teil der Schwanheimerstr. Lärmwerte tagsüber zwischen 65 und 70 dB und nachts zwischen 55 und 60 dB ermittelt, Werte, die nur geringfügig unterhalb der Schwellenwerte für sehr hohe Lärmbelastung liegen. d.h. hier liegen zumindest hohe Lärmbelastungen vor, was die Anwohner auch bestätigen.

Deshalb war im Entwurf des LAP aus 2015 zu lesen, dass für diese 3 Straßen Tempo 30 erwogen werde.

Folgerichtig heißt es im gleichen Schreiben des Regierungspräsidiums, dass das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur BW anregt, bei Lärmpegeln zwischen 65 und 70 dB tags bzw. 55 und 60 dB nachts, darunter fallen die 3 genannten Straßen, zu prüfen, ob diese in die Lärmaktionsplanung ebenfalls einzubeziehen sind.

Was ist seitdem geschehen?

1. Beckstraße und Schwanheimerstr.

Obwohl in diesen Straßen laut Entwurf des LAP Lärmwerte zwischen 65 u. 70 dB bzw. 55 u. 60 dB erzielt werden, wurden beide Straßen in die nähere Untersuchung des Büros nicht einbezogen. D.h.es erfolgte entgegen der Empfehlung des Ministeriums keine nähere Betrachtung.

Damit wurden Möglichkeiten einer genaueren Untersuchung nicht wahrgenommen mit dem heute vorliegenden Ergebnis, dass laut Beschlussvorlage in diesen Straßen keine Maßnahmen zur Lärmreduktion vorgesehen sind, dem werden wir nicht zustimmen.

2. Friedrichsdorfer Landstraße

a) In der Fridola hat das beauftragte Büro eine nähere Untersuchung zwar durchgeführt und festgestellt, dass die Lärmwerte 70dB bzw. 60dB nicht erreicht werden. Es erfolgte aber keine konkrete Messung des Lärms an Gebäuden, die in unseren Augen insbesondere dann zwingend notwendig ist, wenn nach ersten Erhebungen die Grenzwerte nur knapp unterschritten werden.

b) In dieser Untersuchung des Büros wurde deutlich, dass das Verkehrsaufkommen in der Fridola mit der Anordnung von Tempo 30 in der Hirschhorner Landstraße sogar geringfügig ansteigen werde und dafür in der gut ausgebauten Umgehungsstraße (Wilhelm Blosstr.) geringer werde. Diese Entwicklung geht in eine völlig falsche Richtung. Dem muss im Sinne der von den Behörden geforderten Gesamtabwägung entgegen gewirkt werden. Das wäre mit Tempo 30 in der Fridola möglich.

Mit Punkt 1 der heutigen Vorlage der Verwaltung werden, wie oben aufgezeigt, die genannten Straßen keine Berücksichtigung mehr im Lärmaktionsplan finden. Das halten wir für falsch, auch deshalb, weil der Wille des Gemeinderats ein anderer ist und der so viel beschworene Bürgerwille, der sich auch in zahlreichen Stellungnahmen (90 Unterschriften in Beckstr. u. Schwanheimer, 130 Unterschriften Fridola) ausdrückt, keine Berücksichtigung findet.

Die AGL ist der festen Überzeugung, dass man den Ermessensspielraum, der bei Lärmwerten von über 65/55 dB gegeben ist, wie ich oben aufgezeigt habe, nicht genügend ausgeschöpft hat.

Die AGL billigt deshalb den vorliegenden Entwurf des LAP nicht.

Wenn der GR mehrheitlich diesem Plan, der seinem per Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen entgegensteht, nicht billigt, wäre das ein Zeichen an die übergeordneten Behörden und könnte den in Abs. 2 des Beschlussantrags formulierten Appell unterstützen.

Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert den LAP nochmals zu überarbeiten und dabei die oben aufgezeigten Ermessensspielräume besser zu nutzen. Über den LAP sollte deshalb heute nicht abgestimmt werden.“

Bürgermeister Reichert erklärt, dass er dies als Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung verstehe.

Stadtrat Peter Stumpf bestätigt, dass es ein Antrag auf Vertagung und nochmalige Überarbeitung sei.

Bürgermeister Reichert stellt klar, dass der Geschäftsordnungsantrag die Beratung unterbreche und sich jede Fraktion zum Geschäftsordnungsantrag äußern dürfe.

Stadtrat Schieck erklärt im Namen der SPD- Fraktion, dass man dem Antrag zustimmen könne.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass man jahrelang an diesem Thema gearbeitet habe. Man sei auch für eine Geschwindigkeitsbegrenzung gewesen. Aber wenn es das Gremium wünsche, fange man noch einmal von ganz vorne an.

Stadtrat Hellmuth erklärt, dass man sich lange mit dem Thema beschäftigt habe. Die Lärmwerte seien laut den Berechnungen nicht erreicht und die CDU habe sich im Stande gesehen, heute über dieses Thema abzustimmen. Im Anschluss daran hätte man dann über z.B. bauliche Maßnahmen beraten können, um die Geschwindigkeit auf anderen Wegen zu reduzieren. Man könne den Antrag der AGL- Fraktion aber mitgehen.

Bürgermeister Reichert bittet darum, beim Geschäftsordnungsantrag zu bleiben und nicht auf das eigentliche Thema einzugehen.

Stadtrat Wessely erklärt im Namen der Freien Wähler- Fraktion, dass man dem Beschlussantrag der Verwaltung mitgehen könnte. Er frage sich, ob man das in der nächsten Sitzungsrunde machen könne. Im Moment könne man ja nur noch über den Geschäftsordnungsantrag sprechen.

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass dies eine mehrmonatige Verzögerung bedeuten könne.

Stadtrat Schieck bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeister Reichert unterbricht die Sitzung um 19.20 Uhr.

Nach erfolgter Abstimmung der Fraktionen setzt Bürgermeister Reichert die Sitzung um 19.31 Uhr fort.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung mit 12 Ja- Stimmen, 7 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Tagesordnungspunkt ist somit vertagt.

Stadtrat Peter Stumpf erklärt, er wolle nun einen Antrag auf weitere Prüfung stellen.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt mit Annahme des Geschäftsordnungsantrags auf Vertagung beendet sei und Stadtrat Peter Stumpf jetzt somit keinen Antrag mehr zu diesem Thema stellen könne.

Ergebnis:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

Top 7 Ausbau Wimmersbacher Weg hier: Vorstellung und Freigabe der Entwurfsplanung	2017-122/1
---	------------

Beschlussantrag:

1. Die Entwurfsplanung wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt und zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigegeben.
2. Das Ingenieurbüro Albrecht wird hiermit für die restlichen Leistungsphasen (LP 5 bis LP 9) beauftragt.
3. Die Finanzierung der anstehenden Maßnahme in Höhe von ca. 227.000,00 € erfolgt im Jahr 2019. Hierfür werden die Mittel auf dem Investitionsauftrag I 54100005060 Verkehrsanlagen im Haushaltsplan 2019 angemeldet. Im Jahr 2017 werden ca. 15.000,- € für die Ingenieurleistungen zahlungswirksam.

Beratung:

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage und erklärt, dass man den Beschlussantrag dahingehend ändern müsse, dass die Verwaltung zusätzlich beauftragt werde, falls im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung keine Anregungen eingehen würden, die Ausschreibung auf Grundlage der Entwurfsplanung vorzunehmen sei. Die Umsetzung der Maßnahme solle dann im Jahr 2018 von statten gehen. Zudem werde die Finanzierung in Höhe von 227.000 € ebenfalls im Jahr 2018 erfolgen. Im Haushaltsplan 2018 würden auf dem Investitionsauftrag I 5410 000 5060 Verkehrsanlagen entsprechende Mittel angemeldet.

Stadtrat Kaiser erklärt, dass die AGL- Fraktion begrüße, dass die Maßnahme für 2018 eingeplant sei. Die Umsetzung sei längst überfällig. Man werde zustimmen.

Stadtrat Schieck erklärt im Namen der SPD- Fraktion, dass man zustimmen werde. Man spreche sich energisch dafür aus, dass diese Maßnahme dann tatsächlich auch 2018 durchgeführt werde.

Stadtrat Heiko Stumpf erläutert, dass die Anwohner ihren Beitrag geleistet hätten, nun müsse man handeln und die Maßnahme tatsächlich auch 2018 durchführen. Die CDU- Fraktion werde ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Wessely erklärt im Namen der Freien Wähler- Fraktion Zustimmung.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem geänderten Beschlussantrag einstimmig zu, der nun wie folgt lautet:

- „1. Die Entwurfsplanung wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt und zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigegeben.
- 1a) Die Verwaltung wird beauftragt, sollten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung keine Anregungen eingehen, die Ausschreibung auf Grundlage der Entwurfsplanung vorzunehmen. Die Umsetzung der Maßnahme soll im Jahr 2018 erfolgen.
2. Das Ingenieurbüro Albrecht wird hiermit für die restlichen Leistungsphasen (LP 5 bis LP 9) beauftragt.
3. Die Finanzierung der anstehenden Maßnahme in Höhe von ca. 227.000 € erfolgt im Jahr 2018. Hierfür werden die Mittel auf dem Investitionsauftrag I 5410 000 5060 Verkehrsanlagen im Haushaltplan 2018 angemeldet.“

Top 8 Abfangung Straßenkörper Neckarhölde hier: Auftragserweiterung der Firma G. Wäsch GmbH, Eberbach	2017-210
---	----------

Beschlussantrag:

1. Die Auftragserweiterung an die Firma G. Wäsch GmbH, 69412 Eberbach, zur Abfangung des Straßenkörpers Neckarhölde wird, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, zugestimmt.
2. Die Finanzierung der anstehenden Maßnahme in Höhe von ca. 336.516 € brutto kann über die im Haushaltsplan 2017 auf dem Investitionsauftrag I54100006660 stehenden

Mittel nicht gedeckt werden. Hier stehen insgesamt Mittel in Höhe von 320.000 € zur Verfügung.

Die fehlenden Mittel in Höhe von ca. 17.000 Euro werden durch nicht benötigte Mittel des Investitionsauftrages I 5380 000 0860 „Erneuerung RÜB 12“ gedeckt.

Der Mittelumbuchung wird zugestimmt.

Beratung:

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Kaiser signalisiert im Namen der AGL- Fraktion Zustimmung, da die Maßnahme notwendig sei. Man wolle aber anregen, dass eine Bepflanzung an den Leitplanken erfolge. Dies könne man ja in Absprache mit Verwaltungsangestelltem Bernecker initiieren.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass dies prinzipiell möglich sei, man jedoch nicht vergessen dürfe, dass sich das Gelände hinter der Leitplanke im Eigentum der Deutschen Bahn befinde.

Stadtrat Wessely erklärt im Namen der Freien Wähler- Fraktion Zustimmung. Er bitte jedoch grundsätzlich darum, den Gemeinderat bei weiteren Baumaßnahmen, die auf der Kippe stünden, gleich mit ins Boot zu nehmen.

Stadtrat Schieck erklärt im Namen der SPD- Fraktion Zustimmung.

Stadtrat Hellmuth erklärt, dass die CDU- Fraktion zustimmen werde. Zudem stelle er fest, dass der Punkt „Unvorhergesehenes“ einbezogen worden sei.

Stadtbaumeister Koch erläutert, dass man die Kosten für „unvorhergesehenes“ tatsächlich einbezogen habe.

Stadtrat Benjamin Müller stellt fest, dass er das Ingenieurbüro rügen wolle. So etwas hätte früher auffallen müssen. Zudem wolle er wissen, ob die Bäume dann entfernt würden.

Stadtbaumeister Koch stellt klar, dass das Ingenieurbüro keine Schuld treffe und die Bäume entfernt würden.

Stadtrat Benjamin Müller fragt, ob man hier nicht gleich noch eine neue Straßendecke hätte umsetzen können.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass man das bereits in der Vorberatung besprochen habe. Ein neuer Belag sei nicht geplant.

Stadtrat Heiko Stumpf erkundigt sich danach, ob man die Bäume überhaupt entfernen dürfe, wenn diese der Bahn gehören.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass man bei Gefahr im Verzug die Bäume entfernen dürfe. Sollte die Bahn ein Problem wegen der entfernten Bäume haben, könne man das als Anlass nehmen, die Stelle wieder zu bepflanzen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 9 Sanierung Tiefgarage Leopoldsplatz hier: Vergabe der Ingenieurleistungen für die Ausführungsplanung	2017-179
---	----------

Beschlussantrag:

1. Die Vergabe der Ingenieurleistungen für die Ausführungsplanung zur Sanierung der Tiefgarage Leopoldsplatz erfolgt an das Ingenieurbüro Kirn, Stuttgarter Straße 13a, 75179 Pforzheim. Die Auftragssumme beträgt 135.878,13 € brutto.
2. Die Finanzierung der Ingenieurleistungen erfolgt über die Kostenstelle 1124 5025 „Tiefgarage Leopoldsplatz“, Sachkonto 42110000. Hier stehen für die geplante Maßnahme ausreichend Mittel zur Verfügung. Die Finanzierung der in dieser Beschlussvorlage dargestellten Auftragsvergabe ist gesichert.

Beratung:

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Schieck erklärt, dass es unstrittig sei, dass die Sanierung erfolgen müsse. Er sei allerdings der Meinung, dass man die Sanierung erst beginnen könne, wenn das Parkhaus in der Güterbahnhofstraße fertig gestellt sei, sonst entstehe Chaos. Man könne keine 150 Parkplätze weniger verkraften, ohne ein zweites Parkhaus zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Heiko Stumpf stellt klar, dass man dringend sanieren müsse. Man solle aber unbedingt darauf achten, dass die Sanierung nicht über die Adventstage stattfinde, da an diesen Tagen die Parkplätze vollumfänglich benötigt würden. Dies müsse man den Einzelhändlern in der Innenstadt zugestehen.

Stadtrat Peter Stumpf erklärt, dass es schön sei, dass man sich hier einig sei. Auch er habe angeregt, dass die Maßnahme nicht über die Adventstage stattfinden solle. Auch fände er es von Vorteil, wenn das Parkdeck in der Güterbahnhofstraße fertig gestellt wäre, jedoch müsse man die Sanierung auf jeden Fall durchführen.

Bürgermeister Reichert schlägt vor, jetzt die Planungsleistung zu beschließen und zu einem späteren Zeitpunkt über den Umsetzungstermin zu sprechen.

Stadtrat Heiko Stumpf spricht sich dafür aus, in den Beschlussantrag aufzunehmen, dass die Umsetzung nicht in der Adventszeit stattfinden solle.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass er dafür sei, den Umsetzungszeitraum offen zu lassen.

Stadtbaumeister Koch erläutert, dass er sich dafür ausspreche, die Sanierung schnellstmöglich umzusetzen, da der Zustand der Tiefgarage nicht besser werde.

Bürgermeister Reichert schlägt vor, dem Umsetzungszeitraum im nächsten Jahr zu besprechen und jetzt nur die Ingenieurleistung zu beschließen.

Stadtrat Wessely stimmt dem zu. Man sollte die Maßnahme schnellstmöglich umsetzen.

Stadtrat Schieck stellt fest, dass man vor 2019 sowieso nicht beginnen könne. Das Parkdeck in der Güterbahnhofstraße müsse am 30.04.2019 fertiggestellt sein. Diese 4 Monate könne man dann auch noch abwarten.

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass man das Parkdeck sicher nicht bis April 2019 fertig errichten könne. Den Ablauf könne man ja im nächsten Jahr festlegen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Top 10 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 109 "Güterbahnhofstraße-Teilgebiet Ost" Zustimmung zum geänderten Bebauungsplanvorentwurf Beschlussfassung zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach den §§ 3 u. 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)	2017-189
--	----------

Beschlussantrag:

Zur Fortführung des Verfahrens wird der Beschluss des Gemeinderates vom 23.03.2017 wie folgt geändert:

1. Das im Vorentwurf des Bebauungsplanes vom 20.02.2017 geplante Parkhaus auf den Grundstücken Flst.-Nrn. 882/41 und 882/43 der Gemarkung Eberbach wird nicht beibehalten. Die Planung zur Errichtung eines Parkhauses gemäß Variante II wird auf dem Grundstück Flst.-Nr. 882/43 der Gemarkung Eberbach weiterverfolgt.
2. Zur geänderten Planung wird gemäß den in § 3 Abs. 1 BauGB enthaltenen Bestimmungen die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, in der die Ziele und Zwecke des genannten Bebauungsplanes dargelegt werden und die Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Öffentlichkeit gegeben wird, während den Sprechzeiten des Bauamtes durchgeführt.
3. Die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 109 „Güterbahnhofstraße-Teilgebiet Ost“ zu beteiligen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt für die Umsetzung der Variante II geeignete Planer unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Regelungen und Richtlinien zu suchen. Die Objektplanung soll bis einschließlich Leistungsphase 3 der Entwurfsplanung beauftragt werden. Die Fachplanung soweit, um das Planungsziel der Objektplanung zu erreichen.

Beratung:

Stadtbaumeister Koch erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Heiko Stumpf erklärt, dass der Vorentwurf dieses Parkhaus beinhalte. Man habe aber in der Vorberatung erfahren, dass das Parkdeck nicht barrierefrei sein werde. Da es nicht möglich sei, das Parkhaus am Steg anzudocken, werde es wohl nicht so stark frequentiert, wie man sich erhoffe. Man solle, bevor man den Bebauungsplan aufstelle, erst die Grundsatzentscheidung treffen.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass das ganze ja ein dynamisches Entwicklungskonzept sei. Die Bebauungspläne müssten mit dem Sanierungsziel vereinbar sein. Dies sei hier der Fall. Die nicht realisierbare Anbindung an den Steg sei schade, aber leider nicht machbar. Man benötige jetzt einen Bebauungsplan, sonst bestehe keine Grundlage für die Umsetzung und man könne nicht weiter machen. Den Punkt 4 des Beschlussantrags würde man im Übrigen aus dem Beschlussantrag herausnehmen.

Stadtrat Braun stellt fest, dass das Parkdeck sicher nicht für die Innenstadtbesuche genutzt werde. Man müsse nun endlich ein Parkkonzept erarbeiten, mit dem die Innenstadt geschützt und unterstützt werde.

Bürgermeister Reichert betont, dass man eine Grundlage schaffen müsse. Natürlich sei die Voraussetzung, dass wenn man das Parkdeck nicht baue, das ganze wieder abgeändert werde.

Stadtrat Schieck stellt klar, dass er Stadtrat Braun Recht gebe. Schließlich müssten für den Neubau des Kindergarten Regenbogen auch Parkplätze entstehen. Allerdings müsse man heute den Bebauungsplan verabschieden, dass überhaupt die Chance bestehe etwas zu erreichen.

Stadtrat Heiko Stumpf erklärt, er sei der Meinung, solange man noch nicht einmal wisse, wie viele Parkdecks errichtet werden sollen, brauche man nichts zu unternehmen.

Stadtbaumeister Koch betont, dass er die Auskunft vom Rhein- Neckar- Kreis erhalten habe, dass man ohne Bebauungsplan nicht bebauen dürfe. Es sei ja im Bebauungsplan nur eine Fläche ausgewiesen und keine Geschosszahl.

Stadtrat Scheurich sagt, dass es viele Gründe gebe um sich über das Parkhaus zu unterhalten. Was aber von Interesse scheine sei, ob man den Bau zeitnah verwirklichen könne.

Stadtbaumeister Koch stellt fest, dass momentan noch der Stichtag zur Fertigstellung am 30.04.2019 stehe. Deshalb müsse man sich beeilen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem um Punkt 4 reduzierten Beschlussantrag mit 19 Ja- Stimmen und 1 Nein- Stimme zu.

Top 11 Flächenmanagement für Bauplatzgrundstücke der Gesamtgemarkung Eberbach	2017-012
---	----------

Ergebnis:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Top 12 Mitteilungen und Anfragen	
-------------------------------------	--

Top 12.1 Beleuchtung katholische Kirche	
--	--

Bürgermeister Reichert nimmt Bezug auf die Anfrage von Stadtrat Hellmuth aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.09.2017 bezüglich der Beleuchtung der katholischen Kirche und der dort lebenden Turmfalken. Er erklärt, dass dieses Thema im Halbjahresgespräch mit den Kirchenvertretern besprochen wurde. Es habe eine Probebeleuchtung gegeben und der Kirchengemeinderat habe sich dann gegen die weitere Beleuchtung entschieden. Leider habe die Verwaltung von dieser Entscheidung keine Kenntnis erhalten und habe deshalb die Beleuchtung nicht wieder abgeschaltet. Scheinbar gebe es jetzt seitens der katholischen Kirche doch eventuell Interesse, das ganze weiterlaufen zu lassen. Problempunkte neben der Falken seien unter anderem die momentan noch fehlende Möglichkeit, das Licht bei Bedarf, also z.B. dem Osterfeuer

auszuschalten. Dies sei jedoch zu lösen. Die katholische Kirche wolle aber der Verwaltung Rückmeldung geben, wie es nun weiter gehen solle.

Top 12.2 Beantwortung Anfrage Öffnungszeiten Grüngutsammelplatz	
--	--

Bürgermeister Reichert nimmt Bezug auf die Anfrage von Stadtrat Prof. Dr. Polzin aus der Gemeinderatssitzung vom 28.09.2017 bezüglich der Veröffentlichung der Öffnungszeiten des Grüngutsammelplatzes auf der Homepage. Er erklärt, dass nun immer die aktuellen Öffnungszeiten ganz oben aufgeführt werden.

Top 12.3 Beantwortung Anfrage Schulhof Dr. Weiß Schule	
---	--

Bürgermeister Reichert nimmt Bezug auf die Anfrage von Stadtrat Prof. Dr. Polzin aus der Gemeinderatssitzung vom 28.09.2017 bezüglich der Umgestaltung des Schulhofs der Dr. Weiß Grundschule. Er berichtet, dass die Verwaltung 15.000 € für einen Kletterturm in den Haushalt 2018 einstellen werde. Hiervon würden rund 3.000 € durch Spendengelder über den Elternbeirat akquiriert. Die Fundamentierung und die Herstellung des Fallschutzes würden über den Bauunterhalt finanziert. Die Erstellung einer Tribünenanlage werde derzeit geprüft.

Top 12.4 Baugenehmigung Depot 15/7	
---------------------------------------	--

Stadtbaumeister Koch teilt mit, dass man vergangenen Montag die Baugenehmigung für das Depot 15/7 erhalten habe.

Top 12.5 Kosten öffentliche Stellplätze Rosenturmquartier	
--	--

Stadtrat Kleeberger fragt an, ob es möglich sei, die Tiefgarage am Rosenturmquartier an den Wochenenden stärker zu kontrollieren. Auch wenn es am Wochenende sehr günstig sei, beobachte er immer wieder, dass hier viele Parker nicht bezahlen würden.

Bürgermeister Reichert sichert eine Überprüfung zu.

Top 12.6 Leerstand Kellereistraße	
--------------------------------------	--

Stadtrat Braun fragt ob man feststellen könne, ob sich am Leerstand in der Kellereistraße durch die verschiedenen Maßnahmen wie beispielsweise das Aufhängen der Fahnen, etwas geändert habe.

Bürgermeister Reichert erklärt, dass er nicht der Meinung sei, dass man allein durch die Fahnen den Leerstand beseitigen könne. Man müsse auch mit den Eigentümern der Häuser sprechen. Er werde aber prüfen lassen, wie die generelle Entwicklung des dortigen Leerstands sei.

Top 12.7 Antrag Gewerbegebiet Lautenbach	
---	--

Stadtrat Heiko Stumpf stellt im Namen der CDU- Fraktion folgenden Antrag:

„Sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

Die CDU-Fraktion stellt den Minderheitenantrag, die Planungen für ein Gewerbegebiet Lautenbach per Grundsatzbeschluss im Gemeinderat wieder aufzunehmen. Die Fläche soll dann zukünftig im Flächennutzungsplan als Gewerbefläche aufgenommen werden. Aufgrund der topografischen Lage Eberbachs und auch im Hinblick der Verkehrsanbindung ist die Gewerbefläche Lautenbach nahezu alternativlos.

Die CDU-Fraktion will durch neue Gewerbeflächen einer weiteren Abwanderung von Betrieben und Arbeitsplätzen entgegenwirken. Leider sind in den letzten Jahren zahlreiche Betriebe aus Eberbach abgewandert, da kein geeignetes Bauland zur Verfügung stand. Durch die Ausweisung erhofft sich die CDU-Fraktion aber auch die Neuansiedlung neuer Gewerbebetriebe.“

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass das Quorum erreicht sei und das Thema somit auf eine der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung genommen werde.

Top 12.8 Antrag Fortführung Lärmaktionsplan	
--	--

Stadtrat Peter Stumpf stellt im Namen der AGL- Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung den Lärmaktionsplan nochmals überarbeiten und die Ermessensspielräume besser nutzen solle.

Bürgermeister Reichert stellt fest, dass sich dieser Antrag zwar auf einen Tagesordnungspunkt beziehe, der heute Teil der Tagesordnung gewesen sei, diese Beratung sei jedoch abgeschlossen. Somit könne der Antrag nur als Minderheitenantrag eingebracht werden. Das Quorum sei erreicht, jedoch wurde über den Verhandlungsgegenstand heute beraten, deshalb entfalle das Minderheitenrecht. Er sei also formal gesehen nicht verpflichtet, den Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung zu bringen. Man solle sich aber in jedem Fall zusammensetzen und die Wünsche äußern, was genau gewollt sei. Man habe eigentlich schon alles getan was man hätte tun können.

Hauptamtsleiterin Steck erklärt, dass es schade sei, dass man so formal vorgehen müsse. Der Verhandlungsgegenstand sei Bestandteil der heutigen Tagesordnung gewesen. Die Verpflichtung des Bürgermeisters, den Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu nehmen bestehe nun rein rechtlich nicht. Bürgermeister Reichert könne entscheiden ob und wann er den Tagesordnungspunkt wieder aufnehme.

Stadtrat Peter Stumpf stellt fest, dass er das anders sehe.

Bürgermeister Reichert bekräftigt, dass man sich Gedanken machen werde, wie man weiter vorgehe.

Top 12.9 Baubeginn Treppenabgang Süd	
---	--

Stadtrat Benjamin Müller erkundigt sich nach der Umsetzung der Maßnahme am Treppenabgang Süd.

Stadtbaumeister Koch teilt mit, dass die Maßnahme in diesem Jahr noch umgesetzt werden solle. Sobald die Freigabe erteilt sei, könne man beginnen.

Top 12.10 Schädlingsbekämpfung	
-----------------------------------	--

Stadtrat Wessely bittet darum zu prüfen, ob die für die Schädlingsbekämpfung zuständige Firma ihre Leistung erbringen würde. Normalerweise müsste jeder zweite Abwasserablauf markiert sein, wenn dort Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

Bürgermeister Reichert sichert eine Überprüfung zu.

Top 12.11 Planungsstand Bolzplatz Pleutersbach	
---	--

Stadtrat Prof. Dr. Polzin erkundigt sich nach dem aktuellen Stand beim Bolzplatz in Pleutersbach.

Stadtbaumeister Koch erklärt, dass man momentan daran arbeite. Man werde mit dem Ortsvorsteher in Kontakt treten, sobald man etwas mitzuteilen habe.

Top 12.12 Gewerbegebiet Ittertal	
-------------------------------------	--

Stadtrat Prof. Dr. Polzin fragt, ob man im Gewerbegebiet Ittertal die Fläche hinter dem Schäferhundverein eventuell als Lagerfläche verwerten könne.

Stadtbaumeister Koch sicher zu, sich diesbezüglich zu informieren und Rückmeldung zu geben.

Top 12.13 Hinweis Lärmaktionsplan Messmethode	
--	--

Stadträtin Thomson bittet zum Thema Lärmaktionsplan darum, dass man in die Überlegungen mit aufnimmt, dass richtige Messungen vorgenommen würden. Damit meine sie keine Berechnungen, sondern richtige Messungen. Dies sei der AGL- Fraktion wichtig.

Bürgermeister Reichert stellt klar, dass man das auch bezahlen müsse. Man müsse zudem prüfen, was das bringe, wenn der Kreis am Ende die Ergebnisse ohnehin nicht akzeptiere. Man werde sich aber informieren.

Stadtbaumeister Koch erläutert, dass die hohen Werte der Beckstraße an den Garagen gemessen worden seien und nicht an den Häusern, was das Ergebnis nochmal verändere. Man habe sich genau an die Vorgaben des Ministeriums gehalten. Es sei nunmal nicht das Ergebnis herausgekommen, das die Anwohner gerne gehabt hätten. Es gebe keine Verpflichtung vom Kreis, der Bitte nach einer Messung nachzukommen.

Bürgermeister Reichert betont, dass er hier jetzt nicht weiter über dieses Thema diskutieren wolle und man das auf die Beratung verschiebe.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen vorliegen, beendet Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 20.31 Uhr.

Der Bürgermeister

Der Schriftführer

Peter Reichert

Robin Uhrig